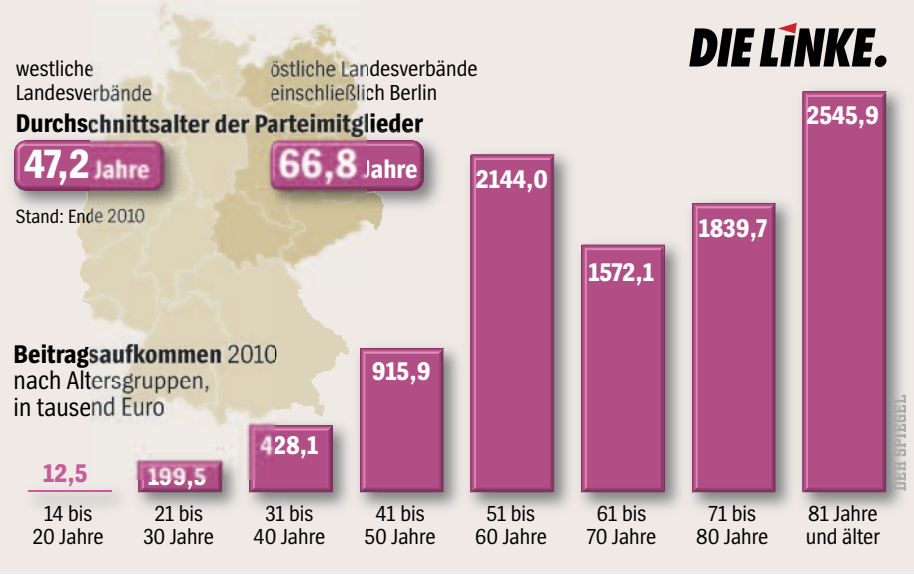
LINKE

Partei der Greise

Schrumpfende Mitgliederzahlen und wachsende Finanzprobleme sorgen für Unruhe bei der Partei Die Linke. Dies geht aus internen Daten über die aktuelle Mitgliederstruktur sowie aus dem Protokoll eines Funktionärstreffens hervor. Die dem SPIEGEL vorliegenden Dokumente besagen, dass das Durchschnittsalter der mitglieder- und finanzstarken Landesverbände im Osten fast durchweg 65 Jahre überschreitet. Finanziell ist die Partei bis heute auf die Altmitglieder angewiesen, die weitgehend aus der SED stammen. Die Mitgliederzahl schrumpfte seit 2009 von rund 78 000 auf inzwischen nur noch rund 71 000 Mitglieder. Auf dem Treffen der Parteispitze mit den Kreisvorsitzenden Ende Juni kam die offenbar schlechte Zahlungsmoral vieler Genossen zur Sprache. Laut Protokoll wurde eindringlich die „Durchsetzung der Beitragsehrlichkeit“ gefordert. Auch die Anwerbung neuer Mitglieder bereitet der Partei Sorgen. Problematisch seien „die Grabenkämpfe vor Ort“, die aktive Mitgliedergewinnung verhinderten, heißt es im Protokoll: „Der Umgang in der Linken ist teilweise erschreckend und hat Ausstrahlung auf die Mitgliedschaft und vor allem bei der Neugewinnung von Mitgliedern. Man traut sich oft nicht, Neumitglieder auf Veranstaltungen mitzunehmen.“ Kein Verständnis zeigte die Basis für den geplanten Umbau der Parteizentrale in Berlin. Eine Spendenaktion dafür wurde abgelehnt. Irritiert reagierten die Funktionäre auf den Erfolg der Grünen, sie waren uneins, ob sie deren Rezepte kopieren oder ob sie bewusst „nicht den Grünen hinterherlaufen“ sollten. Der stellvertretende Vorsitzende Heinz Bierbaum räumte bei dem Treffen ein, dass das Alleinstellungsmerkmal der Linken als Partei der sozialen Gerechtigkeit etwas „verblasst“ sei. Immer wieder forderten Genossen vom eigenen Parteivorstand, „befriedend“ auf innerparteiliche „Kämpfe“ einzuwirken und sich solidarisch zu verhalten, „mehr konkrete Politik täte gut“. Ein Teil der Funktionäre ist offenbar vollkommen ratlos: „Warum wählen uns die Leute, deren Interessen wir vertreten, mehrheitlich nicht?“ Ein anderer zweifelt: „Verstehen wir die Wähler?“



VERKEHR

CDU will Autobahnen verkaufen

Weil dem Staat beim Straßenbau chronisch das Geld fehle, fordert die CDU in Baden-Württemberg den Verkauf einzelner Autobahnstrecken an private Investoren. „Wenn der Bund den Erhalt und Ausbau nicht

IMAGEBROKER / VARIO IMAGES

Mautkontrollbrücke

mehr finanzieren kann“, sagt der Chef der CDU-Fraktion im baden-württembergischen Landtag Peter Hauk, könnte das Straßennetz verkauft werden. „Bei uns rollt so viel Verkehr auf den Straßen, dass diese Investition für Private durchaus lukrativ sein könnte.“ Auch Bundesverkehrsminister Peter Ramsauer (CSU) räumt Engpässe bei der Finanzierung ein: „Derzeit sind in meinem Etat rund fünf Milliarden Euro für die Finanzierung von Straßenbau vorgesehen. Das reicht nicht, um alle notwendigen Projekte zeitgerecht anzustoßen.“ Hauks Pläne scheinen attraktiv, weil die von der CSU vorgeschlagene Finanzierung über eine Maut auf rechtliche Probleme stößt. Die CSU-Idee sieht vor, die Kosten für die Vignette bei deutschen Autofahrern mit der Kfz-Steuer zu verrechnen. Damit aber, so der Wissenschaftliche Dienst des Bundestags, drohe eine nach europäischem Recht verbotene „Ungleichbehandlung von deutschen Autofahrern und Autofahrern aus anderen EU-Mitgliedstaaten“.

HESS-EXHUMIERUNG

Aktion einer Schwiegertochter

Die Auflösung der Grabstätte des früheren Hitler-Stellvertreters Rudolf Heß im oberfränkischen Wunsiedel ist von dessen Schwiegertochter Andrea organisiert worden. Die 58-Jährige bestimmte nach Angaben von Kirchenvertretern auch den Zeitpunkt der Exhumierung und legte ihn, offenbar zufällig, auf den 20. Juli 2011, den 67. Jahrestag des gescheiterten Attentats auf Adolf Hitler. Das Datum hatte in rechtsextremistischen Kreisen für Empörung gesorgt – die NPD nannte den Termin „besonders dreist“ und witterte eine Provokation durch Stadt und Kirche. Heß’ Schwiegertochter hatte die Friedhofsverwaltung erst am 19. Juli über die bevorstehende Aktion informiert. Vorausgegangen war ihr erfolgloses Bemühen, die Grabpacht um weitere 20 Jahre zu verlängern. Wie es aus dem Vorstand der evangelischen Kirchengemeinde hieß, hatte die Verwandte, die bis 2006 der umstrittenen Rudolf Heß Gesellschaft e. V. vorstand und für eine Stellungnahme nicht zu erreichen war, auch den Bestatter und den Abtransport des Grabsteins organisiert.